

# Klar

## BURGDORF

Ausgabe 1/2008



Die etablierten Parteien im Rat wollten Burgdorfer Hartz-IV-Empfänger keine Beihilfe zu Weihnachten zahlen, obwohl sich die Stadt über sprudelnde Steuereinnahmen freut.



**Liebe Leserin, lieber Leser,**

Sie halten die zweite Ausgabe von KLAR.Burgdorf in den Händen. DAS LINKSBÜNDNIS möchte Sie wieder über Neuigkeiten aus dem Burgdorfer Stadtrat informieren. Denn Vieles, was dort gemacht wird, dringt kaum an die Öffentlichkeit. Einiges haben die Ratsfrauen und Ratsherren in den vergangenen Monaten beschlossen, das auch Sie vor Ort betrifft – egal, ob es um Mindestlöhne für gute Arbeit, Lebensmittelgeschäfte vor der eigenen Haustür oder um kostenlose Parkplätze auf dem Schützenplatz geht. Die Redaktion hätte locker sechs Seiten mit interessanten Themen füllen können. Dafür reichte leider nicht das Geld. Doch lesen Sie selbst.

Viel Spaß mit KLAR.Burgdorf!

Ihr  
Michael Fleischmann  
(parteionabhängiger Ratsherr des  
Linksbündnisses)

### Kein Weihnachtsfest für Hartz-IV-Empfänger

Auf ein richtiges Weihnachtsfest haben Burgdorfer Hartz-IV-Empfänger auch dieses Mal verzichten müssen. Der Hintergrund: Die Weihnachtsbeihilfe von 80 Euro, die es früher für Sozialhilfeempfänger gab, haben SPD und Grüne mit den Hartz-Gesetzen abgeschafft. Da sich die Stadt über sprudelnde Steuereinnahmen freut, hätte sie den ärmsten Burgdorferinnen und Burgdorfern zu Weihnachten etwas Geld geben können. Das dachte sich DAS LINKSBÜNDNIS im Rat und beantragte, den Betroffenen zu Weihnachten 80 Euro zu zahlen. Allerdings ohne Erfolg: Alle anderen Parteien

lehnten den Antrag ab. Begründung: „Es ist kein Geld da.“ Das ist ein falsches Argument, denn die mitmenschliche Geste hätte die Stadt rund 70.000 Euro gekostet. Ein kleiner Betrag – im Gegensatz zu den rund 7,5 Mio. Euro, die die anderen Parteien dieses Jahr allein für ein großes Gewerbegebiet ausgeben wollen. Andere Kommunen sind bereits weiter: Nicht nur die Stadt Burghausen in Bayern, sondern auch das 1.000-Seelen-Dorf Witzwort im Kreis Nordfriesland haben Hartz-IV-Empfängern 80 Euro Weihnachtsgeld gezahlt.

### Gutscheine für Schulsachen

Seit Hartz IV haben Kinder von Arbeitslosen viel zu wenig Geld, um sich genügend Schulsachen kaufen zu können. Berechnungen gehen von im Schnitt 100 Euro pro Kind und Jahr aus, die fehlen. In Burgdorf sind rund 600 Schülerinnen und Schüler betroffen – quer durch alle Schulformen. DAS LINKSBÜNDNIS im Rat beantragte deshalb, dass die Stadt den Betroffenen unter die Arme greift. Kinder aus Familien, die wenig Geld haben, dürfen nicht zusätzlich benachteiligt werden, nur weil ihnen Stifte und Bücher fehlen. Die Initiative ging vom Deutschen Gewerkschaftsbund aus – und der Antrag hatte Erfolg: Seit Anfang des Jahres erhalten von Armut betroffene Burgdorfer Schüler Gutscheine, damit sie sich die notwendigen Schulsachen kaufen können. Die Gutscheine können auch Schüler nutzen, deren Eltern zwar einen Job haben, aber wegen mieser Bezahlung trotzdem auf Hartz-IV-Gelder angewiesen sind.



Schulzentrum in der Südstadt.

## Weniger kostenlose Parkplätze auf Schützenplatz



Für einen dritten Lebensmittelmarkt in der oberen Marktstraße musste der große Bagger ein altes Burgdorfer Mehrfamilienhaus abreißen.

Auf dem Gelände neben der Post soll ein Großmarkt seine Tore öffnen - mit Aldi und Edeka der dritte Lebensmittelmarkt in der oberen Marktstraße. Für diesen sogenannten City-Markt mussten nicht nur Bäume gefällt und ein altes Burgdorfer Mehrfamilienhaus abgerissen werden. Auch den Schützenplatz wollen die Verantwortlichen im Rathaus umbauen lassen. Nach bisherigen Plänen gehen durch den „City-Markt“ 26 kostenlose Dauerparkplätze verloren, weil dieser zusätzliche Parkplätze auf dem Schützenplatz braucht. Damit nicht genug: Auch die Markthändler haben weniger Platz. Der Burgdorfer Wochenmarkt endet jetzt auf Höhe des City-Markt-Grundstücks. Im Rat stimmte allein DAS LINKSBÜNDNIS gegen diesen Großmarkt.

## Hohe Schulden für Gewerbegebiet

Obwohl sich die Stadt über sprudelnde Steuereinnahmen freuen kann, hat der Rat beschlossen, hohe Schulden für ein großes Gewerbegebiet zu machen. Nur DAS LINKSBÜNDNIS stimmte dagegen. Dieses „Gewerbegebiet Nordwest“ soll sich am Ortsausgang Schillerslage von der Bundesstraße 443 bis zu den Bahnschienen erstrecken. Allein dieses Jahr sollen knapp fünf Mio. Euro für den Ankauf von Grundstücken fließen. Hinzu kommen 2,7 Mio. Euro für die erforderliche Kanalisation und die Straßenbeleuchtung. Insgesamt 4,2 Mio. Euro wollen die anderen Parteien mit Bankkrediten bezahlen. Diese Schuldenmacherei wird in den nächsten Jahren weitergehen, weil für das Gewerbegebiet weitere millionenschwere Ausgaben fällig werden. Zugleich fehlt der Stadt das Geld für notwendige Investitionen und soziale Aufgaben.

### Steuereinnahmen unsicher

Im Gegensatz zu den hohen Ausgaben fließen zusätzliche Einnahmen durch Gewerbe- und Einkommens-Steueren zunächst nur spärlich, und sie sind unsicher. Die Rechnung kann nur aufgehen, wenn sich genügend Unternehmen für die Flächen interessieren. Da das Land vor einem wirtschaftlichen Abschwung steht, ist das in den nächsten Jahren al-



Die große Fläche für das „Gewerbegebiet Nordwest“ am Ortsausgang in Richtung Schillerslage. Sie liegt im Trinkwasser-Gewinnungs-Gebiet des Burgdorfer Wasserwerks.

lerdings fraglich. Außerdem buhlen auch die umliegenden Kommunen mit Gewerbeflächen kräftig um ansiedlungswillige Unternehmen. Zugleich drohen mit der wirtschaftlichen Entwicklung nicht nur die Einnahmen aus der Gewerbesteuer, sondern auch aus der Einkommensteuer zurückzugehen oder gar einzubrechen.

### IMPRESSUM

V. i. S. d. P. : Michael Konieczny  
Redaktion: Michael Fleischmann  
Herausgeber:  
DAS LINKSBÜNDNIS.Burgdorf  
c/o Michael Konieczny  
Friederikenstraße 47  
31303 Burgdorf

Auflage: 10.000 Exemplare

## Rat verhindert Lebensmittelmarkt in Nordoststadt

Durch eine folgenreiche Entscheidung des Burgdorfer Stadtrates ist die dicht bewohnte Nordoststadt weiter von der Nahversorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs abgeschnitten. Bewohnerinnen und Bewohner der Scharnhorst- oder Heinrich-Straße müssen weiter die Brücke am Güterbahnhof überqueren, um in der Weststadt bei Plus oder Edeka einzukaufen.



Das Raiffeisengelände ist ein guter Platz, um die dicht bewohnte Nordoststadt mit Dingen des täglichen Bedarfs zu versorgen. Die anderen Parteien haben den geplanten Einkaufsmarkt verhindert.

### Was war geschehen?

Die Raiffeisen-Warengenossenschaft wollte auf ihrem Grundstück einen Einkaufsmarkt mit Drogerie- und Getränke-Abteilung bauen. Ein guter Platz, um die Nordoststadt quasi vor der Haustür mit Dingen des täglichen Bedarfs zu versorgen. Er ist außerdem hervorragend mit

Bussen und Bahnen zu erreichen. Dieser Standort passte allerdings den etablierten Parteien im Burgdorfer Rat nicht in den Kram. Sie beschlossen deshalb gegen die Stimme des LINKSBÜNDNISSES ein Einzelhandelskonzept, das zu einem Lebensmittelmarkt in der Raiffeisenstraße Nein sagt. Damit alles juristisch wasserdicht

ist, kam eine sogenannte Veränderungssperre für das Gebiet hinzu.

### Kein Einzelfall

Der Rat hat es mit dieser Entscheidung zum zweiten Mal geschafft, Bürgerinnen und Bürgern einen notwendigen Lebensmittelmarkt vor der Haustür wegzunehmen. Auch die südlichen Weststädter müssen heute ohne nahen Einkaufsmarkt leben – nicht nur, weil der Plusmarkt von der Langeoogstraße in die Schillerslager Straße umgezogen ist. Sondern auch, weil der Rat einen Lebensmittelmarkt an der Mösch blockierte, den die Bürgerinnen und Bürger vor Ort haben wollten. Ein Investor hatte sich für diesen Standort interessiert.

## Burgdorfer SPD aktiv gegen Mindestlohn

Die SPD spielt sich zurzeit mit ihrer neu entdeckten sozialen Ader als „Anwalt des kleinen Mannes“ auf und sammelt Unterschriften für den Mindestlohn. Die Burgdorfer Ratsvertreter machen da-

Subunternehmer gelten, die ihre Mitarbeiter meist mit Dumpinglöhnen abspeisen. Erst ab einem Stundenlohn von acht Euro, den auch DIE LINKE im Bundestag fordert, können vollzeitbeschäftigte

Arbeitsnehmer von ihrem Einkommen leben. Die dem Gemeinwohl verpflichtete Kommune ist als Arbeitgeber und Auftraggeber aufgerufen, Zeichen für menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu setzen, ist das LINKSBÜNDNIS überzeugt. Anders die SPD: Sie lehnte zusammen mit CDU, FDP und WGS den Antrag im Wirtschafts- und Finanz-



Seitdem DIE LINKE erfolgreich ist, trommelt die SPD in Wahlkämpfen für den Mindestlohn. Ihre praktische Politik sieht leider anders aus. Im Bild: Das Burgdorfer Parteibüro in der Schloßstraße.

gegen das genaue Gegenteil: Sie engagieren sich gegen den Mindestlohn. Der Hintergrund: DAS LINKSBÜNDNIS hatte gefordert, dass die Stadt Burgdorf nur noch Aufträge an Unternehmen gibt, die den Beschäftigten mindestens acht Euro pro Stunde zahlen. Das sollte auch für

Ausschuss ab. Die Grünen enthielten sich. Begründung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Adolf W. Pilgrim: „Es kann nicht Aufgabe der Stadt Burgdorf sein, für Mindestlöhne zu sorgen. Dafür sind die Tarifparteien zuständig.“ Dazu passt das Verhal-

## Protest erfolgreich: Schnelle S-Bahn bleibt

Die schnelle S-Bahn, die ohne Halt in Lehrte nach Hannover fährt, wird auch in diesem und im nächsten Jahr unterwegs sein. Die Region Hannover hatte dagegen vor, diesen Zug an den Wochenenden zu streichen. KLAR. Burgdorf berichtete in seiner ersten Ausgabe darüber. Einen Antrag des LINKSBÜNDNISSES, der die Region aufforderte, die Bahn weiterfahren zu lassen, lehnten alle anderen Parteien im Burgdorfer Rat ab. Trotzdem hatte der Protest von Bürgerinnen und Bürgern gegen die Pläne der Region Erfolg – aber nur vorerst: Ob die Bahn auch im übernächsten Jahr fahren wird, steht bisher in den Sternen.

# Radler in Weststadt leben weiter gefährlich



Am Finanzamt müssen Radler in einer Kurve in ein dunkles Loch fahren.

Der Radlertunnel in der Weststadt unterhalb der Bundesstraße 443 bleibt Unfallschwerpunkt, beim Tunnel am Finanzamt ändert sich wenig. Das hat der Umwelt- und Verkehrs-Ausschuss entschieden und einen Antrag des LINKSBÜNDNISSES abgelehnt, beide Tunnel radlergerecht und verkehrssicher umzubauen. Das fordert auch der Allgemeine Deutsche Fahrradclub. Beide Tunnel verbinden die Weststadt mit der City. Sie stammen aus einer Zeit, in der nur wenige Burgdorferinnen und Burgdorfer mit dem Rad gefahren sind. Das hat sich mittlerweile gründlich geändert. Da beide Wegstrecken kaum einsehbar sind, sind in den vergangenen Jahren immer wieder Fahrradfahrer zusammengestoßen – Verletzungen waren dabei keine Sel-

tenheit. Warnendes Klingeln kann zwar helfen, Unfälle zu vermeiden. Wenn sich Radler allerdings nicht an die zugewiesenen Fahrspuren im Tunnel halten, dann „knallt“ es trotzdem.

## Unfälle fehlen in Statistik

Da Radler Zusammenstöße durch Adressentausch meist untereinander regeln, ohne die Polizei zu rufen, fehlen diese Unfälle in der Statistik. Deshalb meinen nicht wenige Vertreter der anderen Parteien, dass dort nichts passiert

– und d a s h a t t e Konsequenzen: Sie wollten für den Umbau der beiden Tunnel, der knapp 100.000 Euro gekostet hätte, kein Geld geben. Eine für die Verkehrssicherheit vertretbare Summe, ist DAS LINKSBÜNDNIS überzeugt. Die übrigen Partei-

en meinten dagegen, dass beim Tunnel unterhalb der B443 mit einem weißen Anstrich alles in Ordnung sei. Am Finanzamtunnel erkannten einige Ratsleute etwas Handlungsbedarf, weil die Radler in ein dunkles Loch fahren müssen. Monteure sollen deshalb eine spiegelnde Fläche in dieser uneinsehbaren Kurve anschrauben. SPD und FDP wollten diese gefährliche Kurve auch deshalb nicht umbauen, weil ein winziger Teil des angrenzenden Friedhofs weichen müsste. Zum Vergleich: Als die Stadtverantwortlichen seinerzeit die Hochbrücke bauen ließen, hatten sie keine Bedenken, einen Großteil dieses Friedhofs zu opfern.



Unter der Bundesstraße 443 können Radler nicht sehen, ob ihnen auf der anderen Seite des Tunnels von links oder rechts jemand entgegenkommt: Der Radweg mündet dort in scharfe 90-Grad-Kurven.

## Diesen Abschnitt bitte ausschneiden und einsenden an:

DAS LINKSBÜNDNIS.Burgdorf,  
c/o Michael Konieczny  
Friederikenstraße 47  
31303 Burgdorf

Oder kopieren und faxen an: 05136/920 22 07  
E-Mail: mfleischmann@comlink.org oder Mi\_cha@t-online.de  
Ich möchte weitere Informationen  
Ich interessiere mich besonders für:

.....  
.....  
.....

- Laden Sie mich bitte zu Ihrer nächsten Veranstaltung ein
- Halten Sie mich über Ihre Arbeit auf dem Laufenden
- Ich brauche Beratungshilfe wegen Hartz IV
- Ich möchte Mitglied werden

Meine Daten:

Name: .....

Adresse: .....

.....

E-Mail: .....

Tel: .....

**DAS LINKSBÜNDNIS.**  
BURGDORF

**DIE LINKE.**  
BURGDORF